

Niederschrift

**über die Sitzung des Behindertenbeirates  
des Kreises Warendorf am 22.02.2013  
im Kreishaus in Warendorf**

---

**(7. Sitzung der Wahlperiode)**

**Inhalt:**

**Lfd.**

**Nr. Gegenstand**

**Seite**

- |    |   |   |
|----|---|---|
| 1. | Vorstellung des Entwurfs eines Inklusionsplanes für den Kreis Warendorf | 3 |
|----|---|---|

**Sitzungsbeginn: 09.05 Uhr**

**Sitzungsende: 11.20 Uhr**

Anwesend:

vom Behindertenbeirat: Herr Behnke  
Herr Büker  
Herr Eisenhuth  
Herr Empting  
Frau Kurp  
Herr Lensing-Holtkamp  
Frau Lindstedt  
Herr Linnemann  
Herr Mettler  
Herr Niehenke  
Herr Röhl  
Frau Schloms  
Herr Stenkamp  
Herr Strübbe  
Herr Stürwald

es fehlen: Herr Barnhusen  
Frau Birkhahn (entschuldigt)  
Herr Holz (entschuldigt)  
Herr Hüsemann  
Frau Kost-Ateser  
Herr Kraft  
Herr Leismann (entschuldigt)  
Frau Pioch (entschuldigt)  
Herr Pundt (entschuldigt)  
Herr Schulte (entschuldigt)  
Herr Schweer  
Frau Silwedel (entschuldigt)  
Herr Vicariesmann  
Frau Westfechtel (entschuldigt)

von der Verwaltung: Herr Dr. Börger  
Frau Middendorf  
Herr Uhkötter  
Frau Schulte-Sienbeck  
Frau Kücük  
Frau Lummer  
Herr Peters  
Herr Schabhüser

Herr Linnemann begrüßt die Anwesenden.

Er verweist auf die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, deren Leitgedanke die Inklusion sei. Inklusion bedeute Gemeinsamkeit von Anfang an, sie beende das aufwendige Wechselspiel von Exklusion und Integration.

Herr Linnemann erläutert, dass in Planungsgruppen zu den 5 Themenbereichen

- Arbeit,
- Erziehung und Bildung,
- Gesundheit,
- Mobilität, Barrierefreiheit und Freizeit sowie
- Wohnen

ein Handlungsprogramm Inklusion im Kreis Warendorf mit 147 Einzelmaßnahmen erarbeitet wurde. Die Maßnahmen wurden bereits in der Sitzung am 30.08.2012 vorgestellt. Danach haben die Geschäftsführer den Bericht für ihre jeweilige Gruppe erstellt, die Frau Schulte-Sienbeck zusammengeführt hat.

Die Arbeit der einzelnen Gruppen werden von der Verwaltung vorgestellt.

Herr Dr. Börger dankt den Mitgliedern des Behindertenbeirates für die Mitarbeit in einzelnen Planungsgruppen und bei der Auswahl der Planungsgruppenmitglieder. Er weist darauf hin, dass der vorgelegte Inklusionsplan nicht nur zur Kenntnis genommen, sondern auch noch geändert werden könne. Die Verabschiedung im Kreistag sei für den 15.03.2013 vorgesehen.

Frau Lindstedt bittet um eine Ergänzung zur Definition der Inklusion in Form eines Schaubildes.

Herr Niehenke lobt den vorgelegten Inklusionsplan sowie die Zusammenfassung in leichter Sprache. Er weist darauf hin, dass im Berichtsteil nicht immer erkennbar sei, wer für die Umsetzung welcher Maßnahme zuständig ist.

Frau Middendorf regt an, zur Verbesserung der Übersichtlichkeit im Berichtsteil auf die Maßnahmen-Nr. und Seitenzahl des Handlungsprogramms zu verweisen, in dem die Umsetzung für jede Maßnahme aufgeführt ist.

Herr Büker dankt Herrn Dr. Börger und den Mitarbeitern des Kreises für die geleistete Arbeit.

## **TOP 1: Vorstellung des Entwurfs eines Inklusionsplanes für den Kreis Warendorf**

### Handlungsfeld Arbeit

Frau Schulte-Sienbeck berichtet über das Handlungsfeld Arbeit (sh. Seite 19 ff. des Entwurfs).

Sie weist darauf hin, dass es mit nur 5 Integrationsprojekten im Kreis Warendorf noch zu wenige gäbe. Es gebe viele Angebote der Beratung und Unterstützung, es fehle jedoch an der erforderlichen Transparenz, um einen Überblick über das Angebot zu erhalten.

215 Betriebe im Kreis Warendorf mussten eine Ausgleichsabgabe in Höhe von insgesamt rund 1.150.000 € leisten, da sie nicht ausreichend schwerbehinderte Menschen in ihren beschäftigungspflichtigen Betrieben einsetzen. Herr Stürwald gibt daher zu bedenken, dass der Kreis helfend eingreifen müsse, da mehr als 700 Pflicht-Arbeitsplätze unbesetzt sind.

Herr Linnemann weist darauf hin, dass viele Arbeitgeber grundsätzlich einverstanden seien, schwerbehinderte Arbeitnehmer einzustellen. Der Kündigungsschutz für Schwerbehinderte stelle kein Problem dar. Wichtig sei, die Qualität der Schwerbehinderten entsprechend ihrer Fähigkeiten herauszustellen.

Herr Büker weist darauf hin, dass in den Freckenhorster Werkstätten 1.400 Menschen beschäftigt seien, der Anteil an psychisch Kranken betrage inzwischen ca. 400 Personen. Von diesen seien aufgrund der hohen Anforderungen jedoch nur wenige in der Lage, in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt zu werden.

Herr Büker kritisiert, dass der Landschaftsverband (LWL), die hohen Ausgaben für die Werkstätten für Behinderte (WfB) beklage. Es sei zu berücksichtigen, dass ca. 50 % der staatlichen Fördergelder als Steuern oder Sozialabgaben wieder zurückfließen.

Herr Behnke widerspricht dieser Aussage. Der LWL sei gern bereit, die Werkstätten zu finanzieren.

Herr Dr. Börger, Mitglied der Landschaftsversammlung, bemängelt, dass die kommunale Familie die Kosten allein tragen müsse, eine Unterstützung des Bundes wäre hier wünschenswert. Der LWL habe hohe Schulden aufnehmen müssen um seinen Haushalt auszugleichen, die Kosten müssten letztendlich über Landschaftsverbands- und Kreisumlage an die Kreise sowie Städte und Gemeinden weitergegeben werden.

Frau Kurp gibt zu bedenken, dass die Steigerung der Behindertenzahlen auch auf die Ausweitung des Behindertenbegriffs z.B. auf Suchtkranke und psychische Erkrankungen zurückzuführen ist.

Herr Behnke stellt klar, dass der Grund für eine Behinderung bei erforderlichem Hilfebedarf keine Rolle spielen dürfe.

#### Handlungsfeld Erziehung und Bildung

Herr Peters und Frau Kücük berichten zum Handlungsfeld Erziehung und Bildung (sh. S. 30 ff. des Entwurfs).

Herr Peters weist darauf hin, dass jedes Kind – mit oder ohne Behinderung– zwischen 3 und 6 Jahren einen Rechtsanspruch auf Betreuung in einer Kindertageseinrichtung hat. Ab Sommer 2013 werde dieser Anspruch auf Kinder ab dem ersten Lebensjahr ausgedehnt. Entsprechende Platzkapazitäten würden eingeplant.

Herr Dr. Börger ergänzt, dass die Plätze für Kinder mit Behinderung massiv angehoben wurden.

Frau Kücük berichtet über das Verfahren zur Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs. Zum aktuellen Schuljahr seien rund 240 Anträge auf Feststellung des Förderbedarfs gestellt worden, überwiegend für die Förderschwerpunkte „Emotionale und soziale Entwicklung“, „Sprache“ und „Lernen“.

Für alle Schüler ab der 8. Klasse erfolge eine Potenzialanalyse, ausgenommen seien Kinder mit geistiger Behinderung. Ein besonderes Augenmerk gelte den Kindern mit Lernschwäche.

Herr Niehenke regt an, im Inklusionsplan auf S. 36, Zeilen 5 – 8 positive Formulierungen zu verwenden. Einen entsprechenden Formulierungsvorschlag werde er dem Kreis zusenden.

Frau Kurp weist auf das Projekt 15 plus der Lebenshilfe im Kreis Warendorf hin. Hier finde für Schüler der Heinrich-Tellen-Schule Warendorf eine Nachmittagsbetreuung im Jugendzentrum HOT in Warendorf statt.

Sie bittet, dieses Programm in der nächsten Sitzung des Behindertenbeirates vorstellen zu können.

Herr Dr. Börger weist darauf hin, dass ein Wahlrecht für die zu besuchende Schule bestehen bleiben müsse. Sollten die Mindestschülerzahlen wie im Entwurf des 9. Schulrechtsänderungsgesetzes herabgesetzt werden, würde dies das Aus für mehrere Förderschulen bedeuten. Die Wahlfreiheit wäre dann nicht mehr gegeben.

Frau Lindstedt weist darauf hin, dass die Landesförderung für das Projekt ILJA ausgelaufen sei, dies sollte im Inklusionsplan (S. 46) geändert werden. Frau Kücük erläutert, dass Elemente von ILJA im Rahmen des neuen Übergangssystems fortgeführt werden. Die Passage werde aktualisiert.

#### Handlungsfeld Gesundheit

Frau Lummer berichtet zum Handlungsfeld Gesundheit (sh. S. 51 ff. des Entwurfs).

Wichtig sei, dass für Menschen mit Behinderung ein barrierefreier Zugang zu allen Leistungsangeboten der Gesundheits- und Pflegeversorgung gewährleistet sei, dieses beziehe z.B. den Hinweis auf behindertengerechte Parkplätze und behindertengerechte Räumlichkeiten in Praxen ein.

Daneben sei auch die Zugänglichkeit zu Informations- und Beratungsangeboten wichtig, um z.B. Informationen zu Frühfördermöglichkeiten zu erhalten.

#### Handlungsfeld Mobilität, Barrierefreiheit und Freizeit

Herr Uhkötter berichtet zum Handlungsfeld Mobilität, Barrierefreiheit und Freizeit (sh. S. 61 ff. des Entwurfs).

Er berichtet, dass in den vergangenen Monaten verschiedene kreiseigene Liegenschaften besichtigt wurden, einzelne der dabei festgestellten Verbesserungsmöglichkeiten seien bereits umgesetzt worden.

Frau Schloms erkundigt sich zum Behindertenfahrdienst. Hier habe lt. Sozialleistungsbericht ein Rückgang der Kosten stattgefunden. Sie bemängelt die lange Planungszeit bei der Anmeldung von Fahrten, eine kurzfristige Nutzung sei leider nicht möglich.

Herr Uhkötter teilt mit, dass am 25.02.2013 ein Gespräch mit dem DRK Kreisverband Beckum-Warendorf stattfindet, der den Behindertenfahrdienst durchführt. Hinsichtlich der Mobilität von behinderten Menschen müsse das Antragsverfahren im Behindertenfahrdienst flexibel und einfach gestaltet werden (vgl. Maßnahme Nr. 94). Thema sei u.a. die Vereinfachung des Verfahrens. Herr Dr. Börger schlägt vor, dass in der nächsten Sitzung des Behindertenbeirates ein Bericht des DRK zum Behindertenfahrdienst erfolgen könne.

#### Handlungsfeld Wohnen

Frau Schulte-Sienbeck erläutert das Handlungsfeld Wohnen (sh. S. 83 ff. des Entwurfs).

Wichtig sei der Ausbau von bezahlbaren kleinen Wohnungen, insbesondere von barrierefreien und rollstuhlgerechten Wohnungen.

Herr Dr. Börger hält einen Ausbau des Ambulant Betreuten Wohnens für erforderlich.

Herr Büker teilt mit, dass rund ein Drittel der in den Werkstätten beschäftigten Menschen mit Behinderung in einer Einrichtung wohnt.

Frau Lindstedt bittet darum, dem Inklusionsplan einen Bericht zum Thema „Inklusion in der Verwaltung“ hinzuzufügen, um darzustellen, dass die Inklusion von der Verwaltung gelebt werde.

Herr Linnemann weist darauf hin, dass der vorgelegte Inklusionsplan genau dieses darlege.

Frau Schloms bittet darum, im Berichtswesen des Kreises auf positivere Formulierungen zu achten, als z.B. „an den Rollstuhl gefesselt“. Sie verweist hier auf die Internetadresse [www.leidmedien.de](http://www.leidmedien.de).

Herr Niehenke lobt die erfreulich hohe Anzahl an Maßnahmen und die damit verbundenen Ansprüche im Inklusionsplan. Er regt an, in 2 – 3 Jahren eine Bewertung des Umsetzungsstandes vorzunehmen.

Herr Dr. Börger weist darauf hin, dass der Kreis Warendorf als erster Kreis in Nordrhein-Westfalen einen Inklusionsplan vorlegt. Der Inklusionsplan samt Handlungsprogramm solle in der nächsten Sitzung des Kreistages am 15.03.2013 beschlossen werden.

Die einzelnen Maßnahmen des Handlungsprogramms werden in den nächsten Jahren abgearbeitet. Zur Umsetzungskontrolle könne eine jährliche Berichterstattung im Behindertenbeirat erfolgen.

Herr Lensing-Holtkamp ergänzt, dass das Thema „Inklusion“ noch mehr in die Öffentlichkeit getragen werden müsse. Bei den im Maßnahmenkatalog festgelegten Prioritäten könne ggf. später nachgesteuert werden.

Herr Linnemann lässt darüber abstimmen, ob der vorgelegte Maßnahmenkatalog vom Behindertenbeirat befürwortet werde:

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

### **Festlegung des nächsten Sitzungstermins**

Herr Linnemann schlägt vor, die nächste Sitzung des Behindertenbeirates im Herbst 2013 durchzuführen.

Zwei Tagesordnungspunkte können bereits festgehalten werden:

- Vorstellung des Projektes 15 plus der Lebenshilfe im Kreis Warendorf e.V.
- Vorstellung des Behindertenfahrdienst im Kreis Warendorf durch den DRK-Kreisverband Beckum-Warendorf

Frau Schloms weist auf ein Treffen des Arbeitskreises für Menschen mit geistiger Behinderung am 19.03.2013 im Kreishaus hin. Es handele sich um einen offenen Treff, an dem jeder Interessierte teilnehmen könne.

Heinz Linnemann  
Vorsitzender

Helmut Schabhüser  
Schriftführer

### **Niederschrift über die Sitzung des Behindertenbeirates am Freitag, dem 22.02.2013, im Ausschusszimmer des Kreishauses Warendorf**

**Beginn:   Uhr**  
**Ende:     Uhr**

Seite

**Anwesend:**

**Es fehlten entschuldigt:**

Vorsitz

Schriftführer